

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Dr. Günter Krings (CDU)
1.	<b>Abgaben „Aufbau-Ost“</b>	Seit Jahren leistet Mönchengladbach finanzielle „Unterstützung“ für den „Aufbau-Ost“ und muss diese finanzielle Millionen-Belastung über Kredite finanzieren.	
1.1		Wissen Sie / Weiß jemand, wo diese Finanzmittel hin fließen?	<p>Wir wollen eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern erreichen. Nur mit einer starken Wirtschaft können wir gut bezahlte Arbeitsplätze und soziale Sicherheit erreichen.</p> <p>Wir stehen daher zu dem fest vereinbarten und gesetzlich beschlossenen Solidarpaket II - als Grundlage für den Ausbau Ost - und werden ihn erfüllen.</p> <p>Der Solidarpaket II umfasst Mittel, die dem Aufbau der Infrastruktur und dem Ausgleich einer durch 40 Jahre SED-Diktatur ruinierten Finanzkraft dienen.</p> <p>Über die Verwendung der zweckgebundenen Mittel berichten die Länder jährlich in Fortschrittsberichten dem Finanzplanungsrat.</p> <p>Weiterhin unterstützt der Solidarpaket II Wachstums- und Beschäftigungsfördernde Projekte in Neuen Ländern. Auch hier kontrolliert die Bundesregierung, ob die Mittel zweckgerichtet verwendet werden.</p>
1.2		Wie lange muss Mönchengladbach die Zahlungen noch leisten?	<p>Wir werden die Investitionszulage bis 2013 verlängern und die Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur" auf hohem Niveau und nach bundesweit einheitlichen Indikatoren fortführen.</p> <p>Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sollen für die Straße bis 2010 und für die Schiene bis 2017 vollständig abgeschlossen werden.</p>
1.3		Was wollen Sie als Mönchengladbacher Bundestagsabgeordneter tun, damit diese Zahlungen nicht mehr geleistet werden?	Wichtig ist, dass wir in den kommenden Jahren Förderprogramme nicht länger nach Himmelsrichtungen auflegen, sondern nach echter Bedürftigkeit einer Kommune.

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Dr. Günter Krings (CDU)
2.	<b>Föderalismus</b>	Wenn man in Deutschland von einem Bundesland in ein anders umziehen muss, dann muss der Schüler mit einem Wechsel des Schulsystem rechnen. Hinzu kommen neue Bücher (es gibt keine bundeseinheitlichen Schulbuchstandards).	
2.1		Wollen Sie sich für ein länderübergreifendes Bildungssystem einsetzen?	<p>Bildung ist die entscheidende Investition in unsere Zukunft. Deshalb müssen wir die Bundesrepublik als Bildungsrepublik ausbauen. Das heißt, dass wir eines der weltweit besten Bildungssysteme haben wollen. Schon heute sind unsere Bildungseinrichtungen viel besser als ihr Ruf. Es bleibt aber noch viel zu tun. Deshalb setzen wir die Ziele und Maßnahmen des Bildungsgipfels konsequent um. Wir wollen bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren. Bildung bleibt Ländersache, wie es im Grundgesetz geregelt ist.</p> <p>Gleichzeitig wachsen die länderübergreifende Verantwortung und die Notwendigkeit, in zentralen Handlungsfeldern nationale Ziele und abgestimmte Maßnahmen von Bund und Ländern zu verabreden: Bildung hat für CDU und CSU Priorität.</p>
2.2		Welches Bildungssystem hat nach Ihrer Auffassung eine Zukunft?	<p>Gute Bildung für alle braucht viele Wege, klare Ziele und hochwertige Angebote, die durch das gegliederte Schulsystem geschaffen werden. Zu jedem Abschluss gehört ein Anschluss. Jede Familie muss sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestmöglich gefördert werden.</p> <p>Wir wollen für die Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse bundesweite Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen. Wir brauchen einen transparenten und ehrlichen Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland.</p>

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Dr. Günter Krings (CDU)
3.	<b>Atommüll</b>	Vor Sizilien wurde illegal gelagerter Atommüll entdeckt, woran offensichtlich auch die Mafia beteiligt war.	
3.1		Wie wollen Sie Einfluss darauf nehmen, dass Atommüll „generationensicher“ gelagert wird und „Atommüll-Tourismus“ ausgeschlossen wird?	<p>Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie beinhaltet auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. CDU und CSU wollen eine sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Standortes Gorleben, um so schnell wie möglich die Zwischenlager an den Kraftwerken auflösen zu können.</p> <p>Der Bund bekennt sich zu seiner Verantwortung für die Endlager. Im Zusammenhang mit den Lagerstätten muss alles getan werden, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.</p> <p>Unverantwortlich finde ich es, wenn manche Politiker so tun als gäbe es keine Endlagerproblem, wenn wir sofort die Kernkraftwerke abschalten.</p> <p>Das Gegenteil ist richtig: der Atommüll ist bereits vorhanden und wir müssen unabhängig vom Zeitpunkt des Auslaufens unserer Kernkraftwerke eine Endlagerstätte finden.</p>
4	<b>Braunkohlekraftwerke</b>	In welchem Umfang fördert der Bund den Bau weiterer Braunkohlekraftwerke?	<p>Braunkohleabbau hat schwere negative Auswirkungen für Menschen und Natur. Ich nenne die Stichworte „Umsiedlung von Dörfern“, „Zerstörung unserer Landschaft“, „Eingriff in den Grundwasserhaushalt“, „Häuserschäden“, „Feinstaubbelastung“ und natürlich vor allem: Braunkohle ist im Strombereich der Klimakiller Nummer 1.</p> <p>Daher ist die Braunkohle keine langfristig zukunftssträchtige Energie.</p> <p>Neue Kraftwerke dürfen daher nur im Wirkungsgrad schlechtere alte Kraftwerke ersetzen.</p> <p>Kapazitäten sollten nicht erhöht werden. Ich unterstütze in diesem Zusammenhang u.a. die Erforschung von CO<sub>2</sub>-ärmeren Techniken an bestehenden und neuen Kraftwerken.</p>

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Dr. Günter Krings (CDU)
5	<b>Mindestlohn / ALG II</b>	Mönchengladbach hat eine sehr hohe Anzahl von Bürgern, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Vielfach müssen die Löhne aufgestockt werden, damit die Menschen ein Grundeinkommen in Höhe eines ALGII-Empfängers überhaupt erreichen. <i>De facto</i> werden so viele Branchen vom Staat subventioniert.	
5.1		Was spricht Ihrer Meinung nach für „Mindestlohn“?	CDU und CSU gewährleisten Mindesteinkommen für alle in Deutschland. Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen.
5.2		Was spricht Ihrer Meinung nach gegen „Mindestlohn“?	<p>Für uns gilt: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Ein Mindesteinkommen macht Arbeit gerade auch für die Arbeitssuchenden ohne Berufsabschluss oder mit geringer Qualifikation, aber auch für Ältere in Unternehmen attraktiver.</p> <p>Mit dem Mindesteinkommen gelingt es, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen - mit dem Mindestlohn werden Arbeitsplätze zerstört. Die Mini-Jobs sollen erhalten bleiben.</p> <p>In Frankreich hat die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, ohne Rücksicht auf die Besonderheiten von Regionen oder Branchen u.a. zu einer Jugendarbeitslosigkeit von 25 % geführt; das will ich für uns in Deutschland und Mönchengladbach vermeiden.</p>
5.3		Sind Ihrer Meinung nach Nachbesserungen beim ALGII notwendig und wenn ja, welche?	Die Union will nach der Bundestagswahl im September die Wirksamkeit der ALG-II-Leistungen überprüfen. Sie möchte sicherstellen, dass vorhandene Mittel zielgenauer verwendet werden. Schwerpunkt der Grundsicherung für Arbeitssuchende muss das Bemühen um Qualifizierung und Vermittlung sein.
5.4		Sind Sie für eine Beteiligung des Bundes an den Mietkosten für ALGII-Empfänger; wenn nicht, warum nicht?	Wir wollen Anreize zur Arbeit durch die Neuordnung der Hinzuverdienstregelungen sowie eine konsequente Missbrauchsbekämpfung verstärken. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende soll den Prinzipien des Förderns und Forderns entsprechen.

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Dr. Günter Krings (CDU)
6	<b>JHQ</b>	Der Bund hinterlässt Mönchengladbach nach Abzug der Militärs aus dem JHQ ein Areal, das nur schwer einer zukunftssträchtigen Nutzung zugeführt werden kann.	
6.1		Kann dieses Areal beim Bund belassen werden und wenn nicht, warum nicht?	Nach Abzug des Militärs aus dem JHQ Rheindahlen wird ein Areal zurückbleiben, welches etwa 2 Prozent des Stadtgebietes oder 400 Hektar ausmacht.
6.2		Wer trägt die Abriss-/Sanierungskosten der Immobilien und des kontaminierten Erdreiches?	<p>Zurzeit beschäftigt sich u.a. die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit der Frage, wie das Gelände in Zukunft genutzt werden kann.</p> <p>Hier sind jedoch mehr noch die Vorschläge der Stadt gefragt. ...</p> <p>Für mich ist klar, dass eine Komplett-Nutzung für Wohnzwecke ausscheiden muss. Einen entsprechenden Bedarf an neuem Wohnraum gibt es in Mönchengladbach nicht.</p> <p>Zumindest ein Teil des Geländes könnte und sollte der Natur am Rande des Hardter Waldes zurückgegeben werden.</p> <p>Das würde evtl. auch ökologische Ausgleichsflächen für die Erweiterung von autobahnnahen Gewerbestandorten schaffen.</p>
6.3		Welche finanziellen Unterstützungen sind vom Bund / vom Land zu erwarten?	<p>... Sowohl die NRW-Landesregierung als auch Experten aus dem Bundesverteidigungsministerium wollen die Stadt Mönchengladbach bei der Planung der zukünftigen Nutzung des JHQs unterstützen. ...</p> <p>Dies haben Bundesverteidigungsminister Jung und NRW-Finanzminister Linssen noch einmal bei einem von mir initiierten Ortstermin im JHQ am 25. August zugesagt.</p>